

BEI ANKLAGE IN TEMPODROM-AFFÄRE:

Sarrazin-Rücktritt unausweichlich



Nicolas Zimmer, CDU-Fraktionsvorsitzender

Mit scharfen Worten kritisiert Nicolas Zimmer das Verhalten des Regierenden Bürgermeisters Wowereit in der andauernden Tempodrom-Affäre. Der CDU-Fraktionsvorsitzende in einem Artikel für die Berliner Rundschau:

Eine Anklage gegen führende Mitglieder einer Landesregierung wegen des Verdachts der Untreue wäre einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik. Deshalb müssen Finanzsenator Sarrazin und Staatssekretär Strauch bei einer Anklageerhebung durch die Berliner Staatsanwaltschaft im Zuge der Tempodrom-Ermittlungen zurücktreten. Das gebietet der politische Anstand und ist unabdingbar für die moralische Integrität der Berliner Politik. Dass aber die Berliner SPD und insbesonde-

re der Regierenden Bürgermeister Wowereit einen Rücktritt ablehnen und gleichzeitig die Staatsanwaltschaft ständig kritisieren, ist unglaublich und macht die Dreistigkeit, wie hier eine Regierungspartei die Arbeit der Justiz ständig blockiert und zu verunsichern versucht, deutlich. Dies ist ein illegitimer Eingriff in die

Arbeit der Berliner Justiz und ein Zeichen dafür, dass der Berliner SPD offensichtlich nicht bewusst ist, wie tief sie in der Tempodrom-Affäre steckt. Negativer Höhepunkt war ein Brief von Schuberts Staatsanwaltschaft ständig kritisieren, ist unglaublich und macht die Dreistigkeit, wie hier eine Regierungspartei die Arbeit der Justiz ständig blockiert und zu verunsichern versucht, deutlich. Dies ist ein illegitimer Eingriff in die

in Berlin das Ergebnis der Ermittlungen nicht gefällt. Die Berliner CDU-Fraktion fordert den Regierenden Bürgermeister Wowereit auf, sich zu seiner Verantwortung, und zu der seiner Partei zu bekennen und zu einer im Mindestmaß glaubwürdigen Politik zurückzukehren. Wer in einer Stadt regiert und von einem Mentalitätswechsel spricht, gleichzeitig aber einen Rücktritt eines Regierungsmitgliedes, gegen das ein Gerichtsverfahren wegen Untreue läuft, ablehnt, könnte mit Fug und Recht als Heuchler bezeichnet werden.



Eigene Messlatte zu hoch. Geht nach Strieder auch Sarrazin? (Themenpostkarte der CDU-Fraktion)

HARTZ IV

Montagsdemonstrationen?

Wann und wo gegen Hartz IV demonstriert wird, bleibt jedem unbenommen. Wenn sich aber „Attac“-Globalisierungsgegner oder ehemalige SED-Kader - heute unter dem PDS-Firmenschild - des Begriffs „Montagsdemo“ bemächtigen, ist Wachsamkeit geboten.

Darüber wurde in den letzten Tagen bereits viel diskutiert. Untergegangen ist dabei die bedauerliche Tatsache, dass

dies nicht der einzige Begriff war, der von Links-Aktivistinnen missbraucht wurde. Auf Transparenten war allenthalben das Wort „Zwangsarbeit“ im Zusammenhang mit den Hartz-Reformen zu lesen. Diesen Begriff verwechselnd zu instrumentalisieren, ist schändlich und politisch unverantwortlich. Wo sind nun die Organisationen, die noch vor wenigen Jahren weltöffentlich über die Zwangsar-

beiter-Entscheidung verhandelt haben und Deutsche Firmen auf schwarze Listen setzten? Sie müssten jetzt den hierfür verantwortlichen Links-Gruppen und der PDS mal gehörig die Leviten lesen. Und wenn die neuen „Bündnisse gegen Sozialabbau“ diesen Weg der politischen Unkultur beibehalten sollten, ist demnächst sicher auch der Verfassungsschutz gefragt. (mw)

Sommerloch-Verfüller

Jedes Jahr das gleiche Spiel. Die Ferienzeit mit politischer Sommerpause beginnt, und schon gähnt es uns entgegen: Das Sommerloch. Wenig bis nichts aus dem Alltagsgeschäft von Regierung und Parlament zu berichten, aber dennoch müssen die Zeitungen täglich voller Druckbuchstaben sein. Fast könnte man Mitleid mit den Heerscharen von händeringend themensuchenden Journalisten haben - wären da nicht die sogenannten Sommerloch-Verfüller. Eine ganz besondere Spezies von Redakteuren auf der einen und Akteuren auf der anderen



Lawrentz direkt!

Seite, die diese dröge Phase geradezu herbeisehnen. Sie bespaßen uns entweder alljährlich mit teilweise völlig abstrusen Meldungen oder immer wiederkehrenden Klassik-Verfüllern. Berühmtestes Beispiel aus der Abteilung Absurdes war die Forderung, Mallorca solle 17. Deutsches Bundesland werden. Ein echter Verfüll-Klassiker ist seit einiger Zeit die Frage nach dem Spitzenkandidaten der Berliner CDU für 2006. Kann man immer wieder rausholen, wenn es ansonsten nichts zu schreiben gibt. Und es findet sich auch immer jemand, der seinen Senf dazu gibt - auch wenn die Frage wirklich nicht auf der Tagesordnung steht. Eine frühere BILD-Journalistin hatte in Bonn für Sommerloch-Meldungen eine sogenannte Deppenliste. Sie fand so immer einen Namen für ihre Mallorca-Ideen. Ob solche Listen auch in der Berliner Presselandschaft kursieren, konnte bislang noch nicht geklärt werden.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG

Berliner Presse- und Informationsdienste
Verlags- und Werbegesellschaft mbH (bpi)
Neue Grünstraße 26 • 10179 Berlin
Tel.: (030) 20 64 16-0 • Fax: (030) 20 64 16-66

CHEFREDAKTEUR

Matthias Wambach

REDAKTION

Dirk Reitze, Christian Goiny

ANZEIGEN

Alexander Göbel

BANKVERBINDUNG

Deutsche Bank, Kto.: 107 117 400
BLZ 100 700 00

DRUCK

Union Druckerei Berlin GmbH
Storkower Str. 127a • 10407 Berlin

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.